

XXII. Jahrgang

Berlin, den 5. April 1918

Nummer 14

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Verbreitung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Anstellten  
**Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter**

**Redaktion und Expedition:** Berlin W 57  
 Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
 Geschäftsräume am Kaiserdamm Nr. 2746

**Staats- und Gemeindebetriebe**  
 sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags - Preis pro Ausgabe 2 Mark  
 zweijährlich durch die Post (ohne Belehrung) 2 Mark  
 Postzettel-Nr. 3164

**Inhalt:** Zur Beitragserhöhung. — Gewerkschaften und Landtagswahlsreform. — Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Reutlingen. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Totenliste des Verbandes.

## Zur Beitragserhöhung.

Mit dem 1. April 1918 sind die Beschlüsse unserer Urabstimmung in Kraft getreten. Das gibt uns Veranlassung, noch einmal mit der ersten Wohnung an alle Kollegen und Kolleginnen heranzutreten, dem Verbande die Treue zu halten.

Wer die Abrechnung der Hauptkasse in Nr. 13 der „Gewerkschaft“ aufmerksam gelesen, hat daraus ersehen, daß unsere Finanzen in der Tat dringlich einer erheblichen Verbesserung bedürfen. Gewiß ist infolge der andauernden Mitgliederzunahme der Kostenabdruck für 1917 immer noch geringfügiger als mancher zu hoffen wagte; aber der Rückgang des Vermögens von 35,32 Mk. pro Kopf (1. Januar 1917) auf 29,27 Mk. am 1. Januar 1918 beweist deutlicher, als alle fortigen Zahlen, daß etwas geschehen mußte, um holdmäßig diesem Rückgang Einhalt zu tun. Das Gesamtvermögen der Hauptkasse war am 1. Januar 1918 auf 155.800 Mk. zuzunehmengedrängt. So mußte eine Aufstockung vorgenommen werden oder die Unterstützungsabgaben über kurz oder lang herabgesetzt werden müssen.

Erfreulicherweise hat unsere Mitgliedschaft bei der Urabstimmung klar erkannt, worauf es in jüngerer Zeit ankommt. Mit 85 Prozent aller Abstimmenden ist die Beitragserhöhung Mitte Januar beschlossen worden. Ein Beweis auch dafür, daß bei der jetzigen Herabminderung des Geldwertes die Unterstützungsabgabe unbedingt benötigt werden und nicht weiter herabgesetzt werden dürfen. Fast jedes Mitglied wollte lieber ein kleines materielles Opfer auf sich nehmen, um sich die Antworthaft auf die bisherigen Unterstützungen zu erhalten.

Im gewissen Sinne wichtiger noch aber waren zwei andere Gründe für den guten Ausfall der Urabstimmung: Einmal die Sorge bei Heimkehr der fast 30.000 eingezogenen allen berechtigten Anforderungen an unsere Verbundskasse gewachsen zu sein, zum andern die unbedingte Notwendigkeit, sich zu rüsten, damit bei Friedensabschluß endlich wieder der Lebensstandard wie vor dem Kriege errungen werden kann.

Um bei letzterem zu beginnen: Wir wissen ganz genau, daß all unser jetziges Bemühen uns auskömmliche Vorräte zu erwirken, während der Friedensdauer immer nur Zeiterfolge zeitigen kann. Diese Zeiterfolge, so annehmlich sie sind und so zahlreiche Summen sie auch bedeuten mögen im Hause,

haltsplan der Städte, sie können doch niemand befriedigen. Deshalb wird auch auf Friedensdauer die nimmer erlahmende Kraft der Organisation sich fort dauernd einzigen müssen für Versorgung und Lohnnerhöhung. Diese Aufgabe wird uns aber um so leichter, je zahlreicher unsere Kollegen und Kolleginnen die Lücken füllen, die der Krieg in unseren Verbands-Organismus gerissen hat.

Entscheidend aber wird es sein, welche finanzielle Kraft unsere Organisation bei der sogenannten Übergangs-wirtschaft noch zu entwindeln vermag.

Wir haben stets davor gewornt, als werde sich bei Friedensabschluß alles in eitel Friedenswohlgefallen auflösen. Dazu liegen die Dinge zu verwickelt. Der ungeheure Adelshab an Blut, aber auch an wirtschaftlichen Gütern aller Art, den dieser Krieg heraufbeschworen, wird im gesamten Volkskörper naturgemäß eine starke Erholung auf längere Zeit herbeiführen.

Und die Gemeinden werden eben infolge ihrer misslichen Finanzen bestrebt sein, sich der anders gelegerten Kurve des Arbeitsmarkts zunehmend zu stellen. Denn darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: Unsere Organisation war zwar das einzige geeignete und notwendige Instrument, um die seit Kriegsbeginn errungenen Teverungs-zulagen usw. durchzuweisen; die Bereitwilligkeit aber auf unsere Forderungen einzugehen, verdachten wir in ältester Linie der uns günstigen Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt. Würde ein Stoßen des Wirtschaftslebens während des Krieges eingetreten sein, so hätten die Gewerkschaften wohl mildernd eingreifen können, aber sie hätten den völligen Niedergang der Lebenshaltung des Arbeiters doch kaum wesentlich hemmen können.

Ein solcher Ansturm an Arbeitskosten ist aber bei Friedensabschluß infolge der Demobilisation bestimmt zu erwarten. Wohl wird viel über die Notwendigkeit einer geordneten Übergangswirtschaft gepröben und geschrieben, die eigentliche Vorbereitung — Beschaffung von Rohmaterial, Verfüzung größerer Kapitalien für Neubauten usw., Durcharbeitung großzügiger wirtschaftlicher Projekte, Einrichtung staatlich wirtschaftlicher organisierter Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung —, diese Vorbereitungen liegen noch gar; im Werdestadium und es bedarf aller Anstrengungen der Organisation, um hier ein schnelleres Tempo zu erzielen.

Gewiß könnten Staat und Stadtgemeinden mit dem allerbesten Beispiel vorangehen. Aber wir möchten auf die „Organisations-talente“ der Staats- und Stadtverwaltungen doch nicht gerade so viel reden, nachdem in der Ernährungsfrage beide Teile so läßlich verlagent und zahlreiche andere Regelungen so unbefriedigend ausgefallen sind.

So verbleibt auch hier in erster Linie für uns die Forderung: **Selbst bereit sein!**

Und dazu dient insbesondere ein stark fundiertes Kassenwesen unseres Verbandes.

Endlich und nicht zuletzt sei aber auch der 30 000 beinhaltenden Kollegen gedacht, die in vielfachelangen Ringen den Feind von den Grenzen abhalten und die sich jetzt - im vierten Kriegsjahr! - im Westen noch erheben, das Größte zu leisten, nämlich den Frieden durch Waffenentschluß herbeizuführen, nachdem alle politischen wie diplomatischen Verständigungsversuche der Mittelmächte vergeblich waren.

Man mag noch so müdttern über diese Dinge denken, eine ungewisse Dankeskünd haben alle dabei geblieben abzutragen. Und unsere Organisation will und kann sich ebenso wenig dieser Pflicht entziehen. Es müßte die ungewöhnlichste Erbitterung auslösen, wenn die beinhaltenden Kollegen hilflos und ohne unser tatkräftiges Ein-

greifen dastehen müßten! Sie haben als ihr gutes Recht zu fordern, daß sie wieder und sofort vollwertige Mitglieder sind mit allen Rechten und - wenn es angeht - darüber hinaus! Das bedeutet unter Umständen eine gewaltige Belastung unserer Finanzen.

Wenn wir uns alle diese Dinge vor Augen halten, kann eigentlich kein Mitglied (ob männlich oder weiblich) sehr bei Erhöhung der Beiträge die Abneigung ergriffen, sondern ein jeder, der all dies anerkennt, muß den folgerichtigen Schluß daraus ziehen: Jetzt ist es mehr denn je notwendig, treu zum Verbande zu stehen. Jetzt gilt es erst, die allergrößten Anstrengungen zu machen, soll unser mühevollstes Werk den nahenden Stürmen der Übergangszeit gewachsen sein. So bedarf es nur der alten Parole:

„In Treue fest!“

## Gewerkschaften und Landtagswahlreform.

Ein konservativer Landwirtschaftsbündler hat geäußert, der Arbeiter interessiere sich für ein Stück Wurst mehr als für die preußische Wahlrechtsreform. Mit dieser Einschätzung der Intelligenz des „gemeinen Mannes“ dokumentiert sich dieselbe hochmütige Zunvergessinnung, wie sie in dem janusköpfigen Diktum: „Vox populi, vox Rindvieh!“ vierstallend zum Ausdruck gekommen ist. Allerdings konzentriert sich heute zunächst das immittelbarste Interesse der färmlich verjagten Arbeiterschaft auf die Frage: „Was sollen wir essen?“ Die hemsternden Selbstversorger und die wunderlichen Schieber und Schleißhändler leiden nicht an Unterernährung.

Indessen muß doch selbsterkennend gesagt werden, daß große Teile der arbeitenden Bevölkerung, auch gewerkschaftlich organisierte, die volle staatspolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung einer Demokratisierung des preußischen Landtags immer noch nicht begriffen haben. Zweifellos hat dazu die von der modernen Arbeiterbewegung unter dem ermatenden Einfluß einer unfruchtbaren Prinzipientreterei lange geübte Abstinenz gegenüber dem „verfaulenden Dreiklassensystem“ reichlich beigetragen. Jahrzehntelang ist es arbeiterseits als eine unabdingliche Größe betrachtet worden, womit die agrarkonservativen Junker und die ihnen seelenverwandten Industriefamilien gern einverstanden waren. Sie haben währenddem ihre Position systematisch befestigt. Die Fraktion der Agrarkonservativen hat sich seit der 14. Legislaturperiode (1879/82) bis zur gegenwärtigen von 110 auf 118 Mitglieder verstärkt, obgleich gleichzeitig die Bedeutung des „platten Landes“ gegenüber den Städten und Industriebezirken außerordentlich zurückging. In die Fraktionen der freikonservativen und der nationalliberalen Partei sind immer mehr ausgeprägte Vertreter des jahresmaßlichen Programms des Zentralverbandes der Industriellen aufgenommen. Das sind jetzt die Hauptfrondeure gegen die Regierungsvorlage, obwohl sie das „Herrenhaus“ als Preßbock gegen die Demokratie ausbauen will. Die Zentrumsfraktion nahm ein paar Arbeiter als Sonderabgeordnete auf; die linksliberale Gruppe der Volkspartei tat das nicht einmal. Seit 1908 hat ein kleines Jählein Sozialdemokraten Einzug in das Haus an der Prinz-Albrecht-Straße gehalten — „aber was ist das unter so vielen?“ 10 unter 113! Das langt nicht einmal zur Stellung eines selbständigen Antrags, gestattet also kein initiativs Vorgehen. Die Vermögens- und Einkommensentwicklung in Preußen hat die Wahl von unabhängigen Arbeitervertretern zum Landtag immer mehr er schwert und wenn nun das gleiche Wahlrecht, ohne jede Rücksicht auf Politik, Einkommen oder sonstige Sondervorteile, nicht zur Anerkennung gelangt, dann werden die Arbeiterverbände die preußische Gesetzgebung am stärksten beherrschen.

Schon die Tatsache, daß der preußische Staatshaushalt stat mit einer höheren ordentlichen Einnahme rechnet als

selbit der Reichshaushaltsplan — für 1918 sind die ordentlichen preußischen Staatseinnahmen auf 6.738.836.278 Mark veranschlagt! —, beleuchtet die außerordentliche Bedeutung einer direkten, ihrer Stärke entsprechenden Beteiligung der breiten Volksmassen an der Gesetzgebung und Verwaltung des preußischen Staates. Die Beeinflussung der Reichsgesetzgebung durch Preußen auf dem Wege der stärksten Vertretung im Bundesrat ist im allgemeinen bekannt, wird aber unseres Erachtens von breiten Volksmächtigen keineswegs hinreichend gewürdigt. Die preußischen Bundesratsvertreter werden in ihrem Wirken direkt beeinflußt durch nicht mißverständliche Antrittsreden der allen volkstümlichen Reformen abholden Landtagsmehrheit. Das haben die demokratisch gesinnten Volksvertreter im Reichstag bei den wichtigsten gescheiternden Aktionen deutlich genug zu wissen bekommen. Ob es sich da um die Ausgestaltung des bürgerlichen Rechts, um das Stroßrecht, die Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung, nicht zuletzt um das den Gewerkschaften besonders nahegehende Vereins- und Versammlungsrecht handelt, stets wurde den durchgreifenden Reformanträgen vom Bundesrat ein hartes „Nein!“ entgegengesetzt. Daß Preußen der Vater aller dieser Hindernisse war, ist gelegentlich selbst regierungsseitig eingestanden worden. Alles, was wir im Reiche und Staate an ausschmieglichen Maßregeln und ihnen hinverwandten Verordnungen erlebt haben und noch erdulden müssen, stand und findet im preußischen Landtag seinen Ausgangspunkt und seine Stütze. Die „echten Preußen“ haben nicht von ungefähr aus ihrer Sympathie mit den „echten Russen“ kein Hehl gemacht.

Darum sind gerade die Gewerkschaften aus einer Reihe sehr trauriger Gründe, die im einzelnen noch besonders beleuchtet werden können, außerordentlich interessiert an einer Demokratisierung des preußischen Landtagswahlrechts. Es sei vornehmlich hervorgehoben, daß der preußische Staat auch ein Unternehmen größten Stils ist. Auf dem Gebiete des Verkehrswesens steht er mit der Größe seiner Unternehmung sogar an der Spitze in der Welt. Für das Geschäftsjahr 1918 steht die Eisenbahnverwaltung die Verdopplung von 119.606 Beamten, Hilfsbediensteten und Arbeitern vor, für die an Gehältern, Löhnen usw. die Riesenentlastung von 938.239 Millionen Mark erfasst ist. Nach dem Betriebsbericht für 1916 sind damals allein 235.770 Lohnarbeiter darunter 39.183 weibliche beschäftigt gewesen. Zahlreiche Branchen sind darunter vertreten: Mechaniker, Elektrotechniker, Maschinenvorarbeiter, Schlosser, Dreher, Schmiede, Holzarbeiter, Federarbeiter, Maurer, Zimmerer usw. usw. Noch immer straubt sich die Verwaltung gegen die Einführung mit den Gewerkschaften abgesiebzehn-

tes  
11.  
bem  
stönu  
  
fann  
t bei  
ideru  
tigen  
nwen-  
aller-  
volles  
wach-

d die  
36 278  
ie Pe-  
n Be-  
g und  
usung  
ge der  
en be-  
siedlich-  
i Pum-  
instift  
volks-  
haben  
tag bei  
ung zu  
ng des  
aftss-  
as den  
eins-  
de den  
hartes  
Vater  
gent-  
ind den  
taus-  
sunver-  
rdulden  
ntdag  
a Preu-  
mit den  
  
is einer  
sonders  
inter-  
preu-  
nebulich  
Unter-  
rie des  
e Statis-  
die Pe-  
und Ar-  
Nien-  
t. Nach  
235 770  
bejäh-  
ertreten:  
Schlosser  
er, zw  
moltuna  
abholen

Tarifverträge und findet damit natürlich den Beifall der Privatunternehmer im Zentralverband. Dem Ministerium für öffentliche Bauten ist das Bauweisen und die Wasserwirtschaft (Binnenschiffahrtsstrassen) unterstellt, es hat darum starken Einfluss auf die Verhältnisse der Bauarbeiter und der Mannschaften in der Binnenschiffahrt. Eine Mitwirkung von Vertretern der Arbeiterorganisationen bei der Regelung in den fraglichen Betrieben ist bisher noch stets unterblieben. Dem Tarifgedanken wäre eine sehr breite Bahn gebrochen, wenn sich die staatlichen Verwaltungen dazu verständen, ihn in ihren Betrieben rückhaltlos anzuerkennen. Diese Anerkennung verweigert auch immer noch grundsätzlich die Verwaltung der staatlichen Gruben, Hütten, Salzwerke und Säalien, in denen Anlagen vor dem Kriege schon über 100 000 Arbeiter tätig waren. Der preußische Staat ist auch der größte montanindustrielle Unternehmer Europas und würde die Befreiung der fiskalischen Verwaltung zur rückhaltlosen Anerkennung der Gewerkschaften zweifellos der Anfang vom Ende des freien Herrenstandpunkts der "schweren" Zechen-, Eisen- und Stahlindustrien bedeuten. In umfangreichem Maße betätigt sich der preußische Staat ferner als Landwirtschaftlicher Unternehmer. Die Zahl der auf den fiskalischen Domänen und in den gleichen Forsten beschäftigten Land- und Forstarbeiter ist auch eine recht bedeutende, bestimmte Angaben werden darüber leider nicht gemacht. Aber schon die Mitteilung, daß der Diskurs für das Etatsjahr 1918 aus seinen Domänen und Forsten einen Reinertrag von 10,6 Millionen Mark erwartet, 31,9 mehr als im Vorjahr, kennzeichnet auch diese staatliche Verwaltung als eine volzwirtschaftlich sehr wichtige. Hier sei hervorgehoben, daß der Diskurs für 1918 aus seinem Holzverkauf, infolge der steigenden Holzpreise (?) eine Einnahme von 175 Millionen Mark plant, noch 31,4 Millionen mehr als im 1917. Womit der Diskurs eingestuft, an der ungewöhnlichen Versteuerung des Holzes für Bauten, Möbel usw. kräftig mitzuwirken! Die enorme Erhöhung des eingesetzten Bringerwinnens läßt aber nicht darauf schließen, daß den Land- und Forstarbeitern entweder erhöhte Lohnneinnahmen zustehen sollen. Wie denn überhaupt mit der unwürdigen rechtlichen und sozialen Lage der Land- und Forstarbeiter und vornehmlich des "Gesindes" erst aufgeräumt werden wird, wenn die sündige Mehrheit im Dreiklassenparlament mit diesem vertritt.

Man darf ferner nicht übersehen, und daran sind die Gewerkschaften am unmittelbarsten interessiert, daß die Ausführung der wichtigsten reichsgesetzlichen Arbeiterschutzgesetze den Landeszentralbehörden übertragen sowie diejenigen die Kontrolle der gewerblichen Betriebe unterstellt ist. Das Thema der preußischen Gewerbeinspektion ist ein Kapitel für sich und kein erfreuliches für die Arbeiterschaft. Vergeblich hat das sozialdemokratische Zähnelein im Landtage bei jeder Etatsberatung eine zeitgemäße Reform der amtlichen Gewerbeinspektion durch die Zuziehung von Hilfsinspektoren aus der Arbeiterschaft verlangt. Der preußische Bürokratismus, bestärkt durch die zahlreichen privatkapitalistischen Interessenten im Dreiklassenparlament, hat diese gewerbevölkerliche Reform hortnäsig verweigert, lebt auch die ausreichende Einstellung von weiblichen Inspektoren ab, obwohl die gewerbliche Frauenarbeit immer größere Dimensionen annahm. Auch gegen die Poststellung von Bautenkontrolloreuren aus den Reihen der Bauarbeiter sträubt sich die Verwaltung der öffentlichen Bauten auf das Bestigte. Überall Stagnation, wenn nicht gar Rückläufe auf diesem für unser Volkswohl so eminent wichtigen Gebiete.

Bei dieser Zuschlag müssen es die Gewerkschaften als ihre Aufgabe betrachten, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden und zurzeit geeigneten Mitteln den Kampf für

das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Landtagswahlrecht für Preußen nachdrücklich zu unterstützen. Hier handelt es sich in der Tat nicht um eine "rein preußische Angelegenheit", sondern um eine Lebensfrage der Arbeiter Deutschland. Der "Vater aller Hindernisse" gerade auf den Gebieten, die unsere Gewerkschaften zunächst angehen, muß verschwinden. Die Regierungsvertreter haben sich jetzt entschieden für das gleiche Wahlrecht erklärt. Unsere Gewerkschaften sind berufen, die Zunker- und Scharfmacherfronde brechen zu helfen, wenn sie nicht anders will.

## Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Neukölln.

**Erhöhung der Teuerungszulagen und der Löhne. Ausdehnung der Bestimmungen der Allgemeinen Arbeitsordnung. Beschlüsse über die Gewährung von Ruhegeld bzw. Hinterbliebenenversorgung an invalide Kriegsteilnehmer und die Hinterbliebenen gefallener städtischer Arbeiter.**

Auf Beschuß einer Versammlung der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen reichten die Arbeiterauschüsse am 24. Januar 1918 Anträge ein, die eine Erhöhung der Teuerungszulagen forderten, und zwar 1,50 M. pro Tag für alle unter der Lohnordnung stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen, und weiterhin die Anwendung der Allgemeinen Arbeitsordnung auf alle unter der Lohnordnung stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Am 1. Februar fanden die Verhandlungen im Rathause statt. Den Vorsitz führte Herr Stadtrat Dr. Mann. Als Vertreter des Verbundes nahm Kollege Müntner daran teil. Das Ergebnis der Verhandlungen liegt nunmehr vor. Der Magistrat im Einvernehmen mit der Kriegsstandscommission summte den Anträgen, soweit sie die Lohnfrage betreffen, in vollem Umfange zu. Danach erhalten alle unter der Lohnordnung stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen mit rückwirkender Kraft ab 1. März 1918 eine weitere Konjunkturzulage von 1,50 M. pro Tag. Nach der Neuregelung betragen Teuerungszulage und Konjunkturzulage zusammen pro Tag: in Gruppe I, Facharbeiter in maschinellen Betrieben: Ledige 4,40 M., Verheiratete ohne Kinder 4,60 M., mit 1 Kind 5,00 M., mit 2 Kindern 5,10 M., mit 3 Kindern 5,30 M., mit 4 Kindern 6,20 M., mit 5 Kindern 6,60 M. usw.; in Gruppe II, Facharbeiter in anderen Betrieben und Bauernarbeiter, sind die entsprechenden Zahlen 4,00, 4,20, 4,60, 5,00, 5,10, 5,50, 6,20 M.; in Gruppe III, ungeteerte Arbeiter und Arbeiterinnen: 3,75, 3,95, 4,35, 4,75, 5,15, 5,55, 5,95 M. usw. Lebende erhalten 33½ Proz. Zuschlag zu den bisherigen Löhnen. Beteiligt sind rund 600 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Gesamtsumme der Erhöhung beträgt rund 300 000 M. Das Personal des Krankenhauses, soweit es in Host und Logis steht, sollte nach dem Willen des Magistrats leer ausgehen. Die soz. Vertreter beantragten in der Kommission eine Teuerungszulage von 10 M. im Monat. Dieser Antrag fand nicht die Zustimmung der Mehrheit. Dagegen wurde beschlossen, dem Personal eine monatliche Zulage in Höhe von 5 M. zu gewähren. Bei ca. 160 Beteiligten betragen die Zulagen rund 9 600 M. im Jahr.

Des Ferneren beschloß die Kommission den Reinmachersfrauen des Rathauses und der Schulen die bisherige Teuerungszulage von 33½ Proz. auf 50 Proz. zu erhöhen. Da der Grundlohn 26-36 M. im Monat beträgt, steigt der Lohn damit auf 30-51 M.

Der Antrag, die während des Krieges eingestellten Arbeiter und Arbeiterinnen, soweit sie unter der Lohnordnung stehen, auch unter die Arbeitsordnung zu stellen, hat nur teilweise Erfolg gehabt. Der Magistrat beschloß, daß die Bestimmungen der Arbeitsordnung erst nach einem Dienstjahr in Anwendung kommen sollen. Damit ist bedeutend diese Regelung für die Mehrzahl der in Frage kommenden Personen die Gleichstellung mit den übrigen städtischen Arbeitern. Die Zahlung der Differenz im Dienstfall, die Bezahlung der Reisekasse und Verharmlosung u. s. f.

Mit einem vollen Erfolge endete die Lohnbewegung des Personals der städtischen Betriebsstellen. Die folgenden Gedanken durch den Verband nadhbare Forderungen eins:

1. Für das Personal der Küchenhalle: Aufzahrtlohn 5 M. pro Tag; nach 6 Monaten 5,50 M.; nach 12 Monaten 6 M.; nach 24 Monaten 6,50 M. pro Tag. Verkäuferinnen und Kämmereimädchen pro Tag 0,50 M. mehr.

2. Für das Personal der übrigen Verkaufsstellen: Anfangs-  
Lohn 4,50 Mf. pro Tag; nach 6 Monaten 5 Mf.; nach 12 Mo-  
naten 5,50 Mf.; nach 24 Monaten 6 Mf. pro Tag.

3. Bezahlung der in die Woche fallenden Reittage.  
 4. Die Reitregelung mit rückwirkender Kraft ab 1. Dezember  
 daß sie zu beobachten.

Die Verhandlungen zogen sich etwas lang hin. Unterhi 4. Mai ging der Organisation folgendes Schreiben zu:

Zum Gesuch vom 6. Dezember 1918.  
Die Röhne für das härdtische Personal u den Verkaufsstellen  
und den härdtischen Fabrikanten sind mit Wichtig vom 1. Januar

ds. ab wie lange festgesetzt:  
 al Erste Bergaufzüge: 5 Ml. je Tag, steigend nach 2  
 Monaten auf 5,50 Ml. nach 12 Monaten auf 6 Ml. nach 24  
 Monaten auf 6,50 Ml. Bergaufzüge, hilfsarbeiten: 4,50

Die in die Woche fallenden Feiertage werden  
die Werktage bezahlt werden.

den in Zukunft wie Verteilung bezeichnet. Wegen der Ausführung der Neuordnung und der Haftzahllage ist das Exekutivtheil veranlaßt, gez. Dr. Weinreich.

Die Häufung des Lebensmittelltransports erfordert durch das Eingreifen des Verbaudes eine Schöpfung ihres Vermögens von 225 Mt. auf 275 Mt.

Die Erfolge waren möglich, weil die südlichen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Bechtolsheim verstanden haben, in der letzten Zeit ihre Legitimation zu feiern. Das gilt es noch weiter zu arbeiten, um der jungen Bevölkerung in unseren Reihen nicht.

Einen wichtigen und bedeutenden Beidruck haben die städtischen Körperschaften im Bezug auf die frisch invaliden städtischen Beamten, Bediensteten und Angestellten sowie der Unterbliebenen der Besoldungen. Am Anfang 1916 reichte die Erziehungsverwaltung Groß-Berlin des Verbandes an die Gemeindeverwaltung den Antrag ein, die Bestimmungen über Alters- und Rüttensversorgung auch auf die frischinvaliden Arbeitnehmer bzw. auf die Angehörigen der Invaliden auszudehnen. Nach den neuen Bestimmungen erhalten die bisher auf Grund einer mindestens 10-jährigen Dienstzeit be zugsvorrechnige Personen die nach dem Befindlichen Renditebetrug vorgelegten Beträge vorausbereitet. Die Bestimmungen erfahren also insofern eine Erweiterung als alle Arbeiter, die bis zum Tage der Erwerbung mindestens ein Jahr im städtischen Dienst standen, für sich bzw. für ihre Ehemänner lebenden Aufwuchs auf Ruhrgeld bzw. Hinterlebenversorgung erhalten. Bei der Berechnung der Rendite werden die Kriegsjahre doppelt gerechnet. Bei der Bedeutung des Gemeindebeitrages nicht allein für unsere Rentner stellen, sondern auch für die Wohlthatheit der Gemeindearbeiter Deutschlands, lassen wie den Beifall im Vorlaufe folgen.

Wir möchten nur wünschen, daß dem Neutörlner Beispiel möglichst bald viele Gemeinden folgen.  
Gemeindebeihilfe bereitend die Gewährung von Abhegehalt an infolge Kriegsbeschädigung dienuntauglich gewordene Beamte Lehrpersonen, Bedienstete und Arbeiter und von Witwen und Ehegängen an die Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen Beamten.

**§ 1.** Denjenigen Beamten, Lehrpersonen (mit Ausnahme der Volksschullehrer), Bediensteten und Arbeitern, die infolge Kriegsbeschädigung dienstuntauglich geworden sind, und die nach den gesetzlichen und örtlichen Bestimmungen vor einer Amwirtschaft besitzen, aber noch keinen Anspruch auf Ausgegeld erworben haben, kann bei vorhandener Bedürftigkeit auf Antrag Ausgegeld schon dann gewährt werden, wenn sie vor ihrer Einziehung zum Kriegsdienst bereits 1 Jahr ununterbrochen in der städtischen Bevölkerung zu Hause gewesen sind.

### **6. 2. Das Universitätsverwaltung**

§ 2. Das Anfangs-Verhältnis.		nach vollendetem	1. aber vor vollendetem	3. Dienstjahr	$\frac{17}{100}$
1.	2.				
-	-	3.	-	4.	$\frac{13}{100}$
-	-	4.	-	5.	$\frac{19}{100}$
-	-	5.	-	6.	$\frac{15}{100}$
-	-	6.	-	7.	$\frac{16}{100}$
-	-	7.	-	8.	$\frac{17}{100}$
-	-	8.	-	9.	$\frac{18}{100}$
-	-	9.	-	10.	$\frac{19}{100}$

weiter steigend nach den bereits bestehenden gesetzlichen und durchen  
Schriften.

**§ 3.** Sofern dieser Gemeindebeschluss nicht besondere Bestimmungen enthält, finden für die Gewährung des Altersgeldes die für die Beamten, Bediensteten und Arbeiter geltenden Bestimmungen entsprechend Anwendung. Außerdem kommt auch bei Anwendung des Gemeindebeschlusses vom 15. 3. 1906 die Kriegszeit gemäß § 17 des Pensionsgesetzes für Staatsbeamte zur Achtung.

**Zustaende zur Anerkennung.**  
§ 4. Trifft das Ruhgeld nach den vorstehenden Bestimmungen mit anderen Beziehern aus Mitteln des Reichs oder sonstiger öffentlicher Verbände zusammen, so soll eine Abzürzung des Ruhgeldes insoweit stattfinden, als alle Bezieher zusammen <sup>1</sup> des bei der Berechnung der Pension zugrunde gelegten Gehalts oder Lohnes übersteigen. Kriegs- und Verhüttungsleistungen kommen hier nicht, die Invaliden- und Altersrente des Reichsversicherungsordnungs zu Rate in Anerkennung.

§ 5. Den Hintertrieben der im Kriege Vertriebenen oder infolge einer Kriegsverwundung oder Kriegsleidenschaftsdauern bestorbenen Familien, Witwen- und Waisengeld nach den bestehenden staatlichen und örtlichen Schummungen unter Zugrundelegung der in § 2 genannten Zabeg wird gewährt, sofern die Voraussetzung des § 1 gegeben sind, jedoch wird die Mindestgrenze auf 120 Pf. festgesetzt.

**S 6.** Das **Winden- und Baisengeld** wird um die vom Reich gewährten Militär Hinterbliebenenbezüge nicht gefürzt (§ 13 des Gemeindebeihilfes vom 15. 3. 1906). Die **Militär- und die Zivil Winden- und Baisengelder** sollen weder einzeln noch zusammen den **Gesamtbetrag der Militärrente bzw. Militärpension und des Zivilabgebeides des Verstorbenen übersteigen**. Als **Militärrente bzw. Militärpension kommt** in jedem Falle die **Vollrente bzw. Halbpension** in **Antechnung**. Das **Zivilabgegeld** stellt den **Bertrag dar**, in dessen Bezug der Verstorbene berechtigt gewesen ist bzw. berechtigt gewesen sein würde, wenn er am **Aussetztag in dem Augenstand versetzt** wäre.

**§ 7.** Die in den vorstehenden Bestimmungen zu §§ 3-6 enthaltenen Vergütungen finden auch auf diejenigen Bediensteten und Arbeiter Anwendung, welche die Voraussetzungen für die Bewährung von Auftrag und Hinterbleibensversetzung auf Grund des Gemeindebeschlusses vom 15. März 1946 bereits erfüllt haben.

§ 4. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der vorbezeichneten Leistungen besteht nicht. Das einmal bewilligte Anthe, Winten- und Haftengeld kann vom Magistrat jederzeit geändert oder wieder einzogen werden; insbesondere dann, wenn bei den Pensionierten der Verlust der Dienst- bzw. Arbeitsfähigkeit sich wieder erheben sollte.

§ 9. Dieser Beschluß findet auf alle während des gegenwärtigen Krieges eingetretene Fälle Anwendung. Die Zahlung der Rente, Witwen- und Bausenachder erfolgt vom 1. April 1917 ab.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung

**Heilbehandlung durch die Invalidenversicherung.** Das Reichsgesetz vom 1. April 1911 erlaubt in einer Kategorie eine Heilbehandlung über die von den Rentenversicherungsgezägen durchgeföhrten Heilbehandlungen im gesamten Jahre 1910. Danach wurden im Berichtsjahr insgesamt 55 760 Personen mit einem Kostenaufwande von 29 816 108 M $\ell$ . in Heilbehandlung genommen. Davon entfielen allein 28 561 auf Lungen- und Schleimhauterkrankungen; davon waren hieron mit 14 317 Säulen beteiligt. Es folgen Lungen mit 202 132 weiblich, männlich und Geschlecht unklar 220 99 verblieben. Unter den 66 777 anderen "erkrankten" Männer: 21 553; Frauen: 42 224; nehmen die Zahnschmerzen (Zahnleid) mit 13 805 bei Männern und 28 517 bei Frauen die erste Stelle ein. Bei den Johnstonscheiter, wie bei den Krankheiten der Urepe sind die Frauen, wie es die obigen Zahlen erweisen, in ausserordentlich höherem Maasse beteiligt, wenn man bedenkt, dass in den letzten Jahren vor dem Krieg die Zahl der an der Tbcerkrankung erkrankten zu behandelnden Frauen nur etwa die Hälfte der beteiligten Männer betrug. Diese Erkrankung dürfte in der ungeheuer vermehrten Zahl der erwerbstätigen Frauen ihre Erfüllung finden. Die Heilbehandlung der Lungen- und Schleimhauterkrankungen erfolgte den Hauptteil der Gesamtanfällen, nämlich 12 633 166 M $\ell$ . Das gleiche trifft auch auf frühere Jahre zu. Von den im seit 1897 überhaupt behandelten 1 403 350 Personen waren 576 631 oder 40,5 vom Hundert an Lungen- oder Schleimhauterkrankungen erkrankt. Auf ihre Verhandlung entfielen etwa 61 vom Hundert der 285 917 110 M $\ell$ . vertragenden Gesamtanfälle, nämlich 178 125 822 M $\ell$ . Never die Erfolge der Behandlung sei aus den speziellstatistischen Tabellen das Folgende in Auge zu halten: Von den über tausendtausend Säulen von Lungen- oder Schleimhauterkrankungen waren bei Männern 55 Proz., bei Frauen 50 Proz. erfolgreich, bei den dicker Krankheit "Bei dickeren" 56 bzw. 57 Proz. Aus diesen Zahlen ist mit einiger Deutlichkeit ersichtlich, dass die Tuberkulose noch immer eine Vollkrankheit im modernen und industrialisierten Stacie des Fortschritts in der Bekämpfung mit aller Energie und allen verfügbaren Mitteln steht. Die Gesellschaft und des Staates führt nach.

◆ Aus unserer Bewegung ◆

**Augsburg.** Die Zilliale nahm in einer am Sonntag, den 17. März 1915, tagenden Versammlung zu der bestehenden Arbeitsordnung Stellung und veränderte durch einstimmigen Beschluss, daß die in dieser Arbeitsordnung enthaltenen Bestimmungen nicht mehr der modernen Zeit entsprechen und einer dringenden Änderung bedürfen sind. Doch wolle man angeleidet der Zeit und der heutigen Verhältnisse davon absehen, die Abänderungsanträge sofort einzuleiten. Was besonders behandelt werden soll, sei die Einrichtung eines Antrags auf Auertierung der Organisation. Die Versammlung kann nicht annehmen, daß die Vertreter der Organisation längere von den Tätigkeiten des Arbeiterausfalls fernzuhalten wenden, um so weniger, als man die gleichen Personen zu den ehrenamtlichen Mitarbeitern bei den öffentlichen Wörterechten mit größter Zufriedenheit heranzieht. Warum dieselben Personen dann nicht zu ihren eigentlich beruflichen Aktionen mit herangezogen werden, sei unverständlich und bedürfe einer baldigen Aenderung. Deshalb sei es an der Zeit, den Antrag auf Auertierung der Organisation möglichst bald bei den südlichen Städten einzubringen. Die Versammlung stimmte diesem Vorgehen einstimmig zu und fand dabei ihren Abschluß.

**Bremen.** In der Versammlung vom 19. März; im Gewerkschaftsbüro berichtete der Vorsitzende über das Ergebnis der Bevölkerung einer am 30. Januar stattgefundenen Versammlung. Es wurde damals gefordert, daß die Arbeiter den Beamten bezüglich Auszahlung der Teuerungszulage gleichstellen seien; ferner Bekämpfung der Teuerungszulagen in Gründlohn. Die Erhöhung der Grundlöhne nach dem Dienstalter, Erreichung des Hochlohnes nach fünfjähriger Dienstzeit, Ausbau der Mindererlagen, Mindestlohn von 7 M., tägliche für männliche von 6 M. für weibliche Arbeiter, Ausfalltag für Überarbeiten 25 Proz., für Sonntagsarbeit 50 Proz. Erwartende Änderungen auf sozialem Gebiet; insbesondere Einführung der regelmäßigen Arbeitszeit in allen Betrieben, ohne Konkurrenz. Am 16. Februar erklärte das Lohnprüfungsamt, daß die erweiterte Teuerungszulage eintreten werde, zählerbar ab 1. März 1915, und zwar wird nun gewährt für Lebende unter 18 Jahren 6 M., für Lebende über 18 Jahre 9 M., für Belehrte ohne Mütter 12 M. pro Woche, sowie eine Minderzulage von 6 M. Der Senat ließ durch das Lohnprüfungsaamt mitteilen, daß die gestellten Anträge abgelehnt seien. Wohl hat man auch den Arbeitern die Teuerungszulage zugestanden, aber dafür sei ihnen die Reichsunabhängigkeit entzogen worden. Der Senat ist der Meinung, daß die erweiterte Teuerungszulage genüge. Es sei nun Aufgabe des Personamtes, fundzum, was sie zu tun gedachten. — Zu der Aussprache, die eine recht lebhafte war, kam zum Ausdruck, daß man ausdrücklich der früheren Zeit keine Irrtüme habe, sich mit den Beschlüssen des Senats einverstanden zu erklären, wann müsse energetisch handeln. Schon erstmals wurde die Stellung des Senats gegenüber den neuauftretenden Arbeitszeit angenommen; gerade dieser Antrag habe bei den heutigen Ernährungsverhältnissen besonderen Wert und die Durchsetzung sei ein Werk sozialer Notwendigkeit. Hervorgehoben wurde auch, daß jetzt die Stellung des Senats zum Staatsarbeiterverband eine andere als früher zu sein scheine; so habe Bürgermeister Stadt und Land erklärt, den Verband als Vertreter der Staatsarbeiter anzusehen und jederzeit mit ihm verhandeln zu wollen; auch Bürgermeister Packau habe bestont, daß die Einnahmen des Verbandes geprüft und schriftlich beantwortet würden; jetzt wurde eine schriftliche Antwort schon nicht mehr erwartet. Ein Arbeitnehmer befürchtet das Einkommen der bremischen Staatsarbeiter zu dem Einkommen der Hamburger und Quader Staatsarbeiter, das höher ist. Als Hindernis einer ablehnenden Beurteilung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der bremischen Staatsarbeiter sei die Fasade anzusprechen, daß sich 28 Amtsträger, Beförder mit diesen Fasaden darüber aus, daß der Hohe Senat ohne Beurteilung die Wünsche der Staatsarbeiter, die in der Einnahme vom 2. Februar 1915 zum Autorat gekommen waren, angelebt hat. Die Versammlung erachtet, daß sie daran festhalten möge, daß durch eine Umwandlung der Teuerungszulagen in Grundlohn ein gedeckter Ausgleich zwischen Lohn und Teuerung, wie auch der Arbeitszeit geabschafft wird, an denen die Arbeiter auch die Gewebe haben, ihre Rechte geltend machen zu können. Am Verhältnis zur Teuerung sind auch die Galaten vom 1. Januar 1915 viel zu niedrig, einmal, wenn berücksichtigt wird, daß nach Lohn unter 30 M. pro Woche befreit und der Hochlohn erst nach 10 bis 12 Jahren die Verhältnisse erreicht wird. Die laufenden Teuerungszulagen entzauen (aber Mindererlagen) für Lebende unter 18 Jahren 6 M. pro Woche, für Lebende über 18 Jahre 9 M. pro Woche, für Belehrte 12 M. wodurchlich. Es wurde demnach ein Lohnentommen von 36 bis 42 M. pro Woche hergestellt. Wenn die Kosten für den Lebensunterhalt, besonders für Fahrzeugmittel, Petrol-

dung und Feuerung sind jedoch um ein Vielfaches der Lohnauswirkung gestiegen. Daß auch eine durchgreifende Verbesserung auf sozialem Gebiet vorgenommen werden muss, wird nicht zu bestreiten sein, zumal sich die Verhältnisse durch den Krieg wesentlich verändert haben. Schon seit Jahren besteht in den größten Betrieben die neunstündige Arbeitszeit, während ein Teil der Betriebe noch mit einer zehnstündigen Arbeitszeit zu rechnen hat. Da schon von den Arbeitern dieser Betriebe auf die Unzufriedenheit hingewiesen wurde, hat die Versammlung erst recht erwartet, daß der Hohe Senat ein Entgegennommen gezeigt hätte. Die Versammlung bringt hiermit auch zum Ausdruck, daß sie die Organisationseitung des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter bei allgemeinen Fragen als ihre Vertretung erklär, danach auch der Hohe Senat bei Eingaben und Wünschen der Arbeitnehmer die Vertreter insoweit von seinen Interessen in Kenntnis setzen wird, daß diese in der Lage sind, den geäußerten Arbeitern in allen Fragen Aufklärung zu geben. Die Versammlung beauftragt den Vorstand des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, dieses beim Senat zu vertreten.

**Chemnitz.** Am 26. Dezember vorläufiges Jahres beschlossen die Gewerkschaften in am beobachteten Versammlung, durch die Arbeiterausfälle eine Lohnzulage von täglich einer Mark zu fordern. Dem Vorgehen der Gewerkschaften schlossen sich auch die übrigen Betriebe an. Rechtswürdigeweise beteiligten sich die Arbeiter und Handwerker der Straße, wobei nicht mit an diese allgemeine Bewegung. Trotz wiederholter Einladungen erschien vom Arbeiterausfall kein Vertreter und auch einige von uns einberufenen Betriebsvereinigungen konnten nicht erscheinen, weil nur ganz vereinzelt einzuladen folgten. Dabei sind die Verhältnisse gerade dieser Abzüglichungen mehr als erweiterungsbedürftig. Auf die von den Arbeiterausfallen an den Rat und an die Stadtverordneten gerührte Eingabe erfolgte unterm 5. Februar ein in mancher Hinsicht recht interessanter Bescheid dahingegen, daß zufolge Rausseßungen alle Eingaben auf dem Dienstwege eingereichten seien. In dieser Beziehung ist die Stadtverwaltung Chemnitz noch recht rudimentär. Während in fast allen Städten sich die Arbeiterausfallen direkt an den Rat wenden können, verleiht man sie hier aus dem Dienstweg. Ob das zur Sicherstellung der Anträge verträgt, liegen wir zu bezeichnen. Nun nun die gemeinsame Eingabe nicht übertragen zu lassen, würde sicherlich von jedem Arbeiterausfall an die vorgelegte Behörde der gleiche Antrag eingereicht. Auch diesmal wieder war es nicht möglich, da Arbeiterausfall der Strafentnahmen zu dem gleichen Vorgehen zu gerinnen! Nun vertraten wieder Wochen, ohne daß über das Sajidal der eingereichten Anträge etwas verlautete. Endlich erschien der Arbeiterausfall des Dienstwege unter dem 1. März den Bescheid, daß der Dienstwege beschlossen habe, den Arbeitern beim Dienstbaum und bei der Dienstauslage eine außerordentliche Lohnzulage von täglich 50 Pf. ab 1. März zu gewähren. Als auch eine Woche später in den Gewerkschaften über eine Lohnzulage nichts verlautete, was es mit der Geduld der Gewerkschaft zu Ende. Es wurden für den 15. März Betriebsversammlungen angelegt mit der Tagesordnung: "Weitere Sicherungnahme in der Lohnfrage". Zugleich wurde der Arbeiterausfall bei der Direktion vorliegen. Hier wurde ihm erklärt, daß in der Lohnfrage nach keine Weitläufe gefahrt werden seien. Der Ausfall für das Fleischversorgungsamt habe noch nicht tagen können, weil der Direktor krank geworden und der Tegernemtage folgende eine Woche erkrankt gewesen sei. Von Arbeiterausfall wurde auf die Stimmung der Arbeiterschaft hingewiesen und nunmehr bestätigte Erledigung der Anträge für dringend erklärt. Da wurde am Tage der Betriebsversammlung vermitteilt, der Arbeiterausfall zur Direktion bestellt, wo ihm eröffnet wurde, daß der Ausfall für das Fleischversorgungsamt gelöst und in der Lohnzulage festgestellt habe, die zwar im einzelnen noch nicht feststehen, aber bestimmt für nächstes Lohnabrechnung in Aussicht treten würden. Am 20. März erhielt dann der Arbeiterausfall den schriftlichen Bescheid, daß das Direktorial am 15. März geschlossen habe, eine weitere außerordentliche Teuerungszulage zu gewähren, und zwar in Höhe von täglich 50 Pf. für alle Strafarbeiter und Handwerker und täglich 60 Pf. für alle übrigen Arbeiter und Arbeitnehmer. Diese Zulage wurde ab 1. März berechnet. Für die Strafarbeiter ist ab 1. März eine tägliche Zulage von 50 Pf. bestimmt worden. Damit wäre die Lehrbewegung beendet. Ob auch für Arbeiter und Handwerker der Strafentnahmen eine Zulage bestimmt ist, wissen wir noch nicht. Wenn hier über eine Zulage geklärt wird, so haben die Strafarbeiter diese dem gemeinsamen Vorgehen der übrigen Strafbüroverträge zu verbinden, sie selbst herauszulösen dazu beauftragt. Wie schon gesagt, ist diese letzte Zulage als außerordentliche Teuerungszulage bezeichnet worden, wie letzten jedoch Erhöhung der Grundlöhne voraus. Dessen will aber die Zulage von nichts wissen. Alle Zulagen, die bisher gewährt wurden, sind nur als jederzeit wiederholbare Teuerungszulagen gewährt worden. Das ist im Moment. Angesichts dieser Zulage wird es große Mühe verursachen, noch streitende die Lohnen so zu gestalten, wie es momentig ist. So wenig wird man die festigen Teuerungszulagen mit bringen können, sie werden in Lohnabrechnungen angepasst werden müssen. Wenn aber die Strafentnahmenlöhne durchgeholt werden sollen, so werden die südlichen Arbeitnehmer leichter sagen, daß unter den südlichen Arbeitern gegenwärtig eine geradezu jahrlange Gleichwirksamkeit besteht. Mit den

lebenden Verhältnissen ist seiner zufrieden, aber selbst mitgenötigt, daß es befreit werde, dazu können sich die meisten nicht aufzwingen. Für unsere Mitglieder bleibt deshalb noch außerordentlich viel Auflärungsarbeit zu leisten übrig. Ein jedes unserer Mitglieder muß nun sagen, daß sein nächstergenannter Mitarbeiter ein Hemmschuh für das schmäler. Vorwärtskommen ist und daß es daher im ureigensten Interesse eines jeden selbst liegt, die Zahl der Rikttorgominierten zu vermindern. Darauf sei jeder ein Agitator für seine Organisation.

-- Am 9. März fand im Restaurant "Hoffnung" eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollegin Preißler über illustre zukünftige Aufgaben sprach. Der lebendige Beitrag löste zum Schluss allgemeinen Beifall aus. Eine Diskussion fand nicht statt. Weitere Wörter goss sie liegen als Kartelldelegierte gewünscht. Auch gab der Vorstand ein Schreiben bekannt, in weitem Erfolge zu verzeichnen waren von der im Gange befindlichen Bewegung für eine Lohnzulage, und zum Schluß machte Kollegin Preißler die Mitglieder aufmerksam auf die Beitragserhöhung vom 1. April. Er gab sich der Hoffnung hin, daß wir dadurch kein Mitglied verlieren, da doch die Gewerkschaft bis jetzt ihr Mitgliedes gewesen hat. Das Mitlesen der beiden Kollegin Preißler und Baldoni wurde in üblicher Weise gebebt.

**Görl.** Aufsorge der enthaltenden Steigerung der Lebensunterhaltungsfaktoren haben die Görlitzer Kollegen der Stadtverwaltung neue Forderungen unterbreitet und zwar eine Erhöhung der Lohns um höchstens 150 Mtl. für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und 1 Mtl. für jüngstende Arbeitnehmer. Für die Fahrbesoldung der Bahnen wird z. B. Wiederaufführung der 11 stündigen Dienstbereitschaft, für die vorher vereinbart worden war die 9½ stündigen Arbeitszeit gefordert. Darin soll die Bewältigung unter Einschließung der Arbeitserledigungen prüfen, in welcher Weise die durchgehende Arbeitszeit einzuführen und auszuführen ist. Die Bewältigung wird gemeinsam mit dem Dienstpostenberatungsverein und dem dort sitzenden Gemeindearbeiterverband geführt. Gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit kann sich die Verwaltung wenden, wie gegen eine Erhöhung der Grundlöhne. Von mir dieser Art sei noch dem Kluge hinzutreten. Es wird also versucht die jüngsten Arbeitnehmer Görlitz sein, beizutragen ihre Organisationen auszubauen, um zu begreifen, jetzt den nötigen Druck hinter ihre Forderungen zu setzen. Eine Reihe Betriebs- und Mitgliederversammlungen, die in den letzten Wochen stattgefunden, waren zum Teil sehr gut besucht. Noch, es jedoch nicht dabei bleiben, vielmehr alle Mitglieder einer reale Werksarbeit für den Werksbetrieb treten. Der Dienstpostenrat in einzelnen Betrieben muss aufschreien. Alle Ansichten deuten darauf hin, dass wir schweren Wirtschaftskrisen kämpfen eingegangen, von denen auch die städtischen Arbeiter Görlitz nicht verschont bleiben werden. Deshalb gilt es zu rühen und zunächst den Zusammenschluss der Arbeiter und Arbeitnehmer zu überwinden.

**Halle.** Sie für den 2. März, aberds 8 Uhr, nach dem Restaurant „Zur goldenen Hölle“ überfielen Mitgliederversammlung beidäufige sich mit der Anklage gegen die Gewerkschaften, nahm den Beisitzerbericht vom verfehlten Geschäftsjahr entgegen und reagierte die für unsre aktuelle vorliegenden Angelegenheiten. Bei letzteren haben wir übernahm an Stelle des erkrankten Kollegen Dr. Müller die Leitung der Versammlung, bedauert den mähigen Feind der Versammlung und erwartet mit Bestimmtheit, daß die Mitglieder sich reger an der Entwicklung des aktions bereitstellten mögen. Die Anklage der Gewerkschaften behandelt Kollege Geperts Weisenfeld. Er führt den Anwesenden die Notwendigkeit der von einer Anzahl Gewerkschaften durchführbaren Vertragserhöhung vor Augen, weist darauf hin, daß die Unternehmerpreise bereits jahrläufig der noch bestehenden Kriegszeit gegen die angeblich zu lebenden Löhne des Arbeiters stark macht, was bei dem wahrsch. des Krieges außerordentlich erhöhtes Kapital auf spätere wirtschaftliche Schwierigkeiten mit Sicherheit schlächen läßt. Demit sich die Arbeiter nicht vor schweren wirtschaftlichen Nachteilen zu schützen imstande sind, müssen alle Arbeiter und Arbeitnehmer, die im Gewerbeleben mit tätig sind, der Organisation zugeführt werden. Dernit müssen die Finanzen der Gewerkschaften gestärkt werden, um die Interessen der Mitglieder wahrnehmen zu können und die minimalen Lohnzulagen, die bisher unter dem Druck der Verhältnisse von den Unternehmern nur widerwillig gewährt wurden, zu erhalten. An ein Herabsetzen der Preise für die Lebensmittel und sonstigen Bedürfnisse ist nicht so leicht zu denken, daher entstehen die Notwendigkeiten den Arbeitern, die während der außerordentlich langen Kriegszeit schwer daran müssen, die Existenz zu erhalten. — Die Leidfolge ausgerissenen Kasturbungen wurden von dem Kollegen nicht noch ergänzt. Er ermahnte die Abgelegten und Geltungssitz Gebote zu beobachten und daran zu handeln. Um die Geltungshorizont unter den Mitgliedern zu beleben, soll ein Auflistung bestimmt werden; da die Wiederholung jedoch noch ungünstig ist, weil die Anzahlengabe bis zur nächsten Mitgliederversammlung bestehen. Der Gedenkfeierbericht wurde vom Kollegen Hartung vorlesend. Erinnernungen sind nicht zu moden. Es wird von der Versammlung genehmigt. Mit dem Erfassen, unausgesetzt für die Organisation zu leben, kommt am Ende noch eine erhebliche Anzahl Unregelmäßigkeiten verbunden ist, die dem Verbunde der Gemeinde- und Einzelarbeiter zugeführt werden müssen, findet die unregelmäßig verlaufenen Versammlungen ihr Ende.

**Hamburg.** In der Mitgliederversammlung vom 21. März wurde der Jahresbericht erläutert. Er ergibt im ganzen den Beweis einer spätkapitalistischen Organisationstätigkeit im lebensvergängenen Jahre. Der Verband hat wiederum an seiner Stärke und im Mitgliederbestand gewonnen. Allgemeine Anerkennung fand bei den Mitgliedern die von der Reichsregierung entworfene Befreiung zur Aufhebung des Lohnentgangs durch Erhöhung der Löhne oder der Teuerungszulagen. Dagegenfernern die Maßnahmen, die Arbeiterauschüsse zu stärken. Abgelehnt und hinterbliebenenvertrogen zu verhindern, die Betriebsstrafenlosen zusammenzuftulden, sowie in all diesen Beziehungen dem Verband als wichtigste Interessenvertretung die hierin erforderliche Bedeutung zu geben. Die Mitgliederzahl war fehlbar und brachte 700 Mitglieder als Zuwachs. Die Mitgliederzahl liegt damit auf insgesamt 7000 Gelehrten und im Berichtsjahr 1914 davon im Kriegsdienst 600 Mitglieder. Ende 1917 standen insgesamt 4187 Mitglieder im Wehrdienst. Es waren von hier aus 350 als gefeierlt gemeldet. Männliche Mitglieder zählten vom 1. Juli 1917 an 5 P. Beitrag während sich mehr, und es wurde befohlen, daß vom 1. April 1918 an jährliche Sozialbeiträge mit Ausnahme der für arbeitsunfähige Rentenempfänger um weitere 10 P. steigen sollen auch für pensionierte Mitglieder beträgt dann der Beitrag 20 P. wöchentlich. Unterstellungen wurden im Bericht 36000 M. genannt und für das Gewerkschaftsjahr rechtlich 50000 M. gezahlt. Der Staaten obigesetzt zogte 165 000 M. als Vermögensbestand. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Ohne Widerspruch wurden dann fünf Jahre Verwaltungsglieder für das Geschäftsjahr 1918 gewählt.

**Löschwitz b. Dresden.** An den Gemeinderat hatte die Verbandsleitung das Ergebnis gerichtet, die Lohnne der bislangen Gemeindearbeiter um 15 Pf. bei den Männern und um 10 Pf. bei den weiblichen und jugendlichen Arbeitern zu erhöhen. Der Gemeinderat hat in einer am neuvertragsschichtlichen Weise untere Einigungsvereinbarung erledigt. Der Zinngussausfuhrlohn steht vor, umfassende Anträge zu entscheiden. Die Stundenlöhne der Männer betragen jetzt 51, 58 und 64 Pf., die Frauen erhalten 11 und 17 Pf. Unser Antrag bedeutete also eine runde Zehnprozentige Erhöhung. Da aber die Gemeindebeamten die 18 Jahre zugesetzten haben, wie der Gemeindeverdienst der Arbeiter ausmacht, nur eine 15 prozentige Zulage bekommen haben, so war es nach Auffassung des Gemeinderates nicht möglich, den Antrag weiter 20 Proz. zu gewähren. Es wurde deshalb beschlossen, vom 1. März 1918 an den Männern 16 Pf., den Frauen 8 Pf. ständige Lohnverhöhung zu gewähren. Vermindert betrugen ab 1. März die Lohnne der Männer 64, 68 und 71 Pf., die der Frauen 19 und 25 Pf. Beidhälften sind bei der Gemeinde zurück 23 Arbeiter und 7 Frauen. Leider müssen wir hinzufügen, daß noch immer eine Anzahl Arbeiter und die Frauen der Organisation nicht angehören. Sie befinden wohl die Zulage ein, ohne zu bedenken, wenn sie diese eigentlich zu verdanken haben. Es wird uns nun Aufgabe unserer Mitglieder sein, die noch verstreuchenden dem Verbande zuzuführen.

**Bautau.** In gut besuchter Versammlung am 20. März, an der erneut wiederum auch eine Anzahl Frauen teilnahmen, beschäftigte sich die Arbeiterverschaffung der südlichen Betriebe mit ihren Lohnverhältnissen. Kollege Preißler erörterte die Neuerung, um dann in ausführlicher Weise die Entwicklung der Löhne der südlichen Arbeiter zwiedau während des Krieges zu erläutern. Nach amtlichen Mitteilungen des zwiedauer Rates haben die städtischen Arbeiter während des Krieges folgende Zulagen erhalten: Am Mai 1915 inwendig 2 Pf. oder wöchentlich 1,20 Pf. Vom 1. Dezember 1915 ab wurden den südlichen Arbeitern Monatzzulagen von 50 Pf. wöchentlich für jedes schulpflichtige Kind geahnt, doch wurden diese Kinderzulagen nur gezahlt bis zu einem Wochendienst von 28,85 Ml. Bei Gewährung dieser Zulage aber wurde vom Rate beschlossen, daß dies nur eine reine Teuerungszulage sei, welche nach Beendigung des Krieges oder nach der Neuerung wieder weg fällt. Vom 1. Juli 1916 ab wurden weitere Teuerungszulagen gewährt, und zwar an Unverheiratete und Verheiratete ohne Kinder, sowohl ihr Wochenlohn 28,65 Ml. nicht übersteigt, wöchentlich 1 Pf. Für Verheiratete mit 1 Kind wurden wöchentlich 2 Ml., mit 2 Kindern 2,50 Ml. und weiter für jedes Kind mehr 50 Pf. gezahlt. Vom 1. Januar 1917 ab erhielten unverheiratete Arbeiter und Arbeitnehmerinnen 3 Pf. für die Arbeitsstunden, verheiratete 4 Pf. mehr. Vom 1. Juli 1917 ab erhalten gelernte Arbeiter 13 Pf., angelehrte 10 Pf., die alten, nicht mehr voll künftige Söhnen 5 Pf., Rentenempfänger 3 Pf., Alten 5 Pf. und Müttern 4 Pf. für die Stund. Lohnzügelung. Alle diese Zulagen zusammen ergaben, nach den eigenen Mitteilungen des Rates, eine Erhöhung von 37,8 Prozent, die vor dem Kriege gezahlten Löhne. Also während des Krieges zwischen 1914 und 1918 hat sich das Lohnentommen der südlichen Arbeiter um ganz 39 Prozent erhöht. Zu berücksichtigt ist aber, daß die Löhne der südlichen Arbeiter zwiedau leider vor dem Kriege recht verschlechterungsbefreit waren. Auch heute erhalten die in den Volksschulen bebildigten Eltern einen Einmaleinhalt von sage und schreibe 25 Taler oder 125 Pfennigen! Wie hat sich nun ordentliche der Lehreunterhalt verändert? Nach den bekannten Berechnungen Galbers betragen die monatlichen Kosten des normalen Raumunterhalts für die Erziehung 1914 im Sommer in Zwiedau 25,86 Ml., im Januar 1918 dagegen 56,70 Ml.

demnach wöchentlich in der 30.54 Mf. oder eine Steigerung von 119 Prozent! Alte Leute werden nun bestimmt und sagen, daß die Erhaltende Stammkasse nicht als Maßstab angesehen werden. Erfolgs einstrial gibt es viele der von Galve zu seinem Bedürfnis benötigten Rahmenmittel überhaupt nicht mehr, und zweitens stehen auf Grund der Rationierung niemand sollte Rungen zu. Meiner fann sich nicht kaufen als er Marken erhält. Ganz gut und schön, aber es wird auch niemand behaupten wollen, daß ein Mensch allein von dem leben kann, was er auf Grund seiner Marken kaufen kann, ganz besonders kann sein überarbeiternder Mensch von dem Wenigen leben. Es müssen also Zusatzverbrauchs- und marktfreie Rahmenmittel gefunden werden, und welche unverdächtigen Wiederholungen dafür zu zahlen sind, man das brauchen wir hier wohl nicht erst noch einmal zu sagen. Aber außer der eigentlichen Ernährung ist auch alles andere, Kleidung, Schuhwerk, Wäsche unerhört teurer geworden, so daß es eher zu niedrig als zu hoch geprüft ist, wenn wir die Bezeichnung des gesamten Lebensunterhalts mit mindestens 200 Proz. annehmen. Umgekehrt können die jüdischen Arbeiter zwangsweise eine Erhöhung von rund 38 Proz. verzeichnen! Da fragt man sich unwillkürlich, wie ist es möglich, daß angeblich dieser Steuerung und Bezahlung der Arbeiter überhaupt noch leben und arbeiten können? Gewiß, sie leben noch, aber fragt nur nicht wie! Die Folgen der dauernden Unterernährung machen sich heute schon bemerkbar und das wird in noch höherem Maße der Fall sein, wenn nicht eine durchgreifende Verbesserung erfolgt. Aber auf das Wollen von oben allein können und dürfen sich die jüdischen Arbeiter nicht verlassen, sie müssen sich selber helfen. Erste Voraussetzung dazu ist eine einheitliche und starke Organisation. Der Arbeiterausschuß allein vermag nichts zu erreichen, wenn nicht die gesamte Arbeiterschaft geschlossen hinter ihm steht. Wenn deshalb die Kollegen und Mitgenossen eine gräßliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeiführen wollen, dann müssen sie ihre gewerkschaftliche Organisations noch weit mehr als bisher stärken.

In der Debatte fühlte sich der Vertreter des christlich-nationalen Verbandes der Gemeindearbeiter bewogen zu erklären, daß sie bereits ein Gesuch an die Stadt gerichtet hätten und er behauptete, daß dieses Gesuch auch die Zustimmung des Rates gefordert habe, was übrigens, meinte er, wollte auch der christlich-nationale Verband dasselbe wie der Eigentumschaftliche Gemeindearbeiterverband. Ein einzelner Kollege würde dem guten Mann das Röste gestoppt. Sie hätten ihre Eingabe ohne Wissen und Willen des Arbeiterausschusses gemacht, die Vorgehens bei Unterpflanzpolitik und nicht sie angeblich das gleiche wollten als wir, warum hätten sie sich dann nicht unserem Verbande angeschlossen, sondern Zersplitterung unter die jüdischen Arbeiter getragen? Hierauf wußte der gute Mann nichts zu erwidern. Eininstimmig wurde dann folgende Resolution von der Versammlung zum Beschuß erobert:

„Die am 20. März 1919 im Braunschläden versammelten Arbeiter, Handwerker und Arbeiterinnen der jüdischen Betriebe, Arbeiterschaften - Rat und Stadtverordnete - schließen einstrial, daß infolge der fortgesetzten Besteuerung des gesamten Lebensunterhalts eine Erhöhung ihres Einkommens notwendig ist.“

Die Versammlung beauftragt den Gesamtarbeiterausschuß - den jüdischen Körperschaften - Rat und Stadtverordnete - folgende Anträge zu unterbreiten:

1. Die jüdischen Kollegen wollen die Grundlöne aller jüdischen Arbeiter, Handwerker und Arbeiterinnen wie folgt erhöhen:
  - a) bei den erwachsenen männlichen Arbeitern um 20 Pf. für die Stunde;
  - b) bei den jugendlichen Arbeitern und den Arbeiterinnen um 10 Pf. für die Stunde.
2. Diese Lohn erhöhungen rückwirkend vom 1. Januar 1918 ab berechnet.

Die bisher den jüdischen Arbeitern gewährten Zusagen bieten auch nicht annähernd einen Ausgleich der Besteuerung gegenüber. Von den Arbeitern beansprucht Erhöhung der Grundlöne um 20 Pf. für die Stunde ist das mindeste, was den Arbeitern geboten werden muß, um ihre außerordentlich drängende Lage zu befreien. Die Versammlung redet deshalb bestimmt auf rechtl. Bewilligung ihrer Anträge und sie beauftragt den Arbeiterausschuß, alles zu tun, um schleunigste Errichtung derselben vorzubereiten.

Die Versammelten ihrerseits versprechen, den Arbeiterausschuß mit allen Mitteln zu unterstützen. Die beste Unterstützung erbliden wir in einer einheitlichen starken Organisation. Als Zeichen für die jüdische Arbeiterschaft nur der freigewerkschaftliche Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Frage kommen. Jeder jüdische Arbeiter und jede Arbeiterin muß diesem Verband angehören, weil nur so die Arbeiterschaft in die Lage kommen kann, ihre wirtschaftliche Lage zu leben. Die Versammelten versprechen deshalb, jederzeit beitreten zu sein, die dem Verband noch fernstehenden jüdischen Arbeiter als Mitglieder zu akzeptieren.“

Wir erwarten nun aber auch, daß es die jüdischen Kollegen nicht bei dem Versprechen bewegen lassen, sondern auch die Daten liegen lassen.

## Rundschau

**Wohnungsnot und kommunale Wohnungsfürsorge.** Die Wohnungsnot im industriellen Westen, namentlich in der Großstadt Dortmund, war schon vor dem Kriege ganz enorm, nimmt aber jetzt geradezu bedrohliche Formen an, so daß selbst durch außerordentliche Maßnahmen kaum noch das Edumitte abgewendet werden kann. Nur hatte die Stadt Dortmund vor Ausbruch des Krieges größere Pläne als diese ausfaßt, die aber wegen des Krieges nicht durchgeführt werden konnten. Während des Krieges nur wenig gebaut worden, im letzten Jahre überhaupt nicht mehr, weil die Planen verboten war und es überdies auch an Arbeitsmännern, Material und Baumaterial fehlte. Eine Zählung der Leerwohnungen am 1. Januar 1911 ergab, daß nur 1,14 Proz. leer standen. Nur vor Ausbruch des Krieges gab es nur 0,24 Proz. leerstehende Wohnungen, als normaler Satz wird dagegen 1 Proz. angenommen. In 1½ Jahren hatte die Bevölkerung ohne Einigung um 39.107 zunommen. Der Krieg brachte gleich eine geringe Entlastung, weil viele Bürger zum Heeresdienst eingezogen und der Haushalt vielfach aufgelöst wurde, so daß am 1. Januar 1915 1,23 Proz. Leerwohnungen vorhanden waren. Seitdem hat sich der Zustand aber wesentlich verschärft; die Bevölkerungsziffer hat sich während des Krieges wieder um 15.000 vermehrt und während des Krieges wurden 6000 Trauungen vorgenommen. Die jungen Chemnitzer sind aber meist im Eltern und die jungen Frauen sind meist in Haushalt ihrer Eltern verblieben. Am 1. Januar 1917 waren noch 0,92 Proz. leerstehende Wohnungen vorhanden, jetzt aber gar keine mehr. Demnächst werden zehntausende Dortmunder Krieger beitreten und dann ist die Katastrophe unabwendbar, wenn nicht schleunigst in umfassendem Maße eine große Zahl neuer Wohnungen errichtet werden. Neue Industrien werden in erheblichem Umfang errichten, einige Eingemeindungen sind in jüngster Zeit vollzogen worden, so daß die Stadtverwaltung bereits mit einer Einwohnerzahl von 400.000 rechnet. Die Stadtverwaltung hat nun, den geistigen Bestimmungen entsprechend, eine Wohnungsaufnahme vorgenommen. Sehr wichtig ist die jedoch von der Stadtverwaltung vollzogene Gründung einer Gemeinnützigen Dortmunder Siedlungsgeellschaft an. d. d. zum Zwecke der sofortigen Aufnahme einer großzügigen gewinnlosen Tätigkeit. Das Stammkapital darf nicht unter zwei Millionen Mark betragen. Die Stadtverwaltung wurde zu dieser Gründung veranlaßt durch die Abhängigkeit der großen industriellen Werke, große Stolperbauten vorzunehmen. Dass die großen Werke die Arbeiter in Massen herausziehen, auch für Wohnungen zu sorgen haben, liegt auf der Hand. Andere haben die Werkstätten, in denen Unternehmer unumstößlich ihre Herrschaft ausüben, doch ihre großen Nachteile. Die Personen sind unfrei und bei Streiks werden sie oft genau, ohne irgendeine Rücksicht, ohne weiteres auf die Straße gezeigt. Zu der neuen gemeinnützigen Siedlungsgeellschaft, an der alle großen Dortmunder Werke beteiligt werden, behält aber die Stadtverwaltung die führende Hand. Die Nachteile der Werkstätten werden ausgekämpft, der Wohnungsvortrag hat in Zukunft mit dem Arbeitsvertrag nicht mehr gemein. Der Gesellschaftsvertrag für die Dortmunder Gemeinnützige Siedlungsgeellschaft ist derart gestaltet, daß ihm auch unsere Genossen im Stadtparlament ihre Zustimmung geben konnten. Die Gesellschaft soll ihre Tätigkeit sofort beginnen, es ist der Bau von mehreren tausend Häusern vorgesehen. Außerdem gedenkt die Stadt den schon vor dem Kriege begonnenen Gartenstadtbau (Steinhäusbau mit Garten) fortzuführen und auch den Eigenbau von Wohnungen zu betreiben. Privaten wird beim Kleinvolumenbau der Häuser mit nicht mehr als 3½ Geschossen einfache Entgelte gekommen, gesetzt, als diese Häuser von der Städtelichen Sparkasse bis zu 85 Proz. bezahlt werden können; außerdem sollen für die Übergangszeit Gründungsprämien gewährt werden. Es handelt sich mit darum, daß auch Arbeiter und Material zum Bauen zur Verfügung stehen. — Ein anderes Kapitel ist das der Errichtung von Polwohnungen. In dieser Hinsicht war von einer Seite der Plan in die Debatte geworfen, eine Anzahl Volksstiftungsbüdäle zu benutzen und die Häuser einzurichten, um drei Zimmerwohnungen umzubauen. Dieser Plan erfüllt jedoch mit Recht den heutigen Widerstreit sowohl seitens der Bürger als auch der Gewerkschaft. Die Polwohnungen wird es nicht geben, aber da auch man ihnen andere Wege suchen. Die Volksschulen haben während des Krieges zweitl. gelitten, als daß man einen solchen Plan auch nur praktizierbar finden könnte.

**Die deutschen Sparassen während des Krieges.** Darüber berichtet der Menace des deutschen Sparassenvereins, Landesbeirat a. D. Sparassendirektor H. Neujahr (Berlin): Menne betont, daß die Haltung der Sparassen und der Sparen zu den zahlreichen erfreulichen Überzeugungen gehörte, die das deutsche Wirtschaftsleben während des Krieges brachte, und schließt dann die Vorgänge bei Kriegsausbruch, die einem kurzen Aufschwung auf die Stufen sehr rasch eine ausfallende Regenbewegung, einen Ansturm von Sparen, die ihr Geld zur Sparstube hinkrangen, folgen ließen und eine Erhöhung von Dauer herbeiführten, die dem deutschen Sparassenverein während des Krieges das eignartige Gepräge verliebt. Die Aufzehrungen lagen weit unter das in Friedenszeiten gewohnte Maß, und andererseits liegen die regelmäßigen

Zugänge von Tag zu Tag. So sehr angelebt das seit länglichen Jahren des Hypothekenfonds die erste Milizandie geradezu eine Erbildung für die Spartäten bedeutete. Der Herkunftsraum der Einzahnausübung über die Kindzähne zu nahmen während des Krieges auf und keine 14 bis 15 Milliarden zu fassen, von denen nach Angabe der Betriebsmittelberichtungen mindestens 3 bis 4 Millionen Pfund der Miliz verloren. Nachdem untersucht, welchen Charakter die den Spartäten zugeschriebenen Hypotheken haben und kommt zu dem Schluß, daß den überzeugenden Anteil des eignen Lebens Erparatur habe.

„Wenn auch die Kosten der Verwaltung ganz erheblich ge steigert sind, so haben sich doch die angestrebten Ziele auf alle, den Gebieten große Erfolge erzielt. Es zeigt sich, daß der den Spartäten über dem harten Zugangs der abteilungen und in einer gleichzeitigen Zugangs mehr Später, die sehr viel größer ist als in Österreich. Die Prozentzahlen des Zehns der „Linziger Bürgoben“, unter denen man voraussetzt, die „Leipziger Später“ zu finden bin, zu gelingen, und derjenige der „Spartäten Südburgen“ ist gefallen. Der Durchschnittsertrag eines Spartätenbaues ist jetzt in jedem der in Aussicht gesteckt, es ist eine gute Erfahrung, daß die Später mit großem Erfolg auf ihren Spartäten fehlbar und nob schen, sie hat normale Entwicklung, etwa zur Belebung von Wörtern und sonstigen Dingen und dergleichen zu verwenden. Dazu verwenden sie tote Situationen, die sie nun über den Spartäten anvertraut haben. Die Spartäten dürfen also mit Sicherheit der Aussicht zeit entsprechend. Der Später, der während des Krieges in so wenigen Jahren genutzt worden ist, wird weiter arbeiten, und zwar ist der den „Spartäten“ eine Anerkennung, sondern auch der den „Spartäten“ neu gewonnener Später.“

Die Konsumvereinsspartäten können, im allgemeinen die von ihnen geschaffenen Wirtschaftsmittel befrachten. Besonders das Jahr 1917 hat ihnen einen ganz ungewöhnlichen Zusammenspiel zwischen den Spartäten, die den Späteren, die den Späteren absondernd anwerben, die Vermittlungsstellen, die Belegschaft und Umwandlung und der Monat, Bau- und Sparverein „Produktion“, darüber hinaus aber außerordentliche Zusammenarbeit ganz geringe zu bringen. Bei eingeschrittenen Konsumvereinen ist dieser Zusammenschluß auf den Abschluß der Verhandlungen möglich in einem Maße, in Anspruch genommen wurde es in den drei Jahren. Die neuen Erfahrungen, die die Veränderung mit der Belegung eines Spartenberes an den Haushalten der eigenen Wirtschaftsgruppen machen, werden vornehmlich darum bestreben, daß die Konsumvereine nicht nach dem Verteilungsfest bestreitet.

**Die Bundesversammlung des Arbeiterturnerbundes 1918.** Wie im Vorjahr der Arbeiterturnerbund ist es eine große Versammlung in Form einer begattungswise über das ganze Land verteilten „Bundesversammlung“ internation, da kommt er, trotz der Unmöglichkeit der Versammlung, die am 1. Mai, als 12.000 Männer, Arbeitnehmer aus der ganzen Branche, die er 6000 Jugendliche betreuen, beteiligen und am Deut. mit der Tausender verbündeten, einzigartigen Tradition. An diesem Jahre soll am 7. Juli zum zweiten Mal eine Bundessitzung stattfinden. Wiederum verbunden mit vornehmen Wirtschaften. Diesmal erhält die Versammlung aber eine eigene Präsidentur dadurch, daß der gleichzeitig die Reiter des 2. Jahrsitzung von oben des Arbeiterturnerbundes damit verhängt wird. Das Nat. kann des Bundes sollte urkundlich durch einen in Europa, dem Sitz des Landes, abhalten, dass dieses „Zentralbüro“ bestätigt wird. Viele nationale Wirtschaften waren in den vergangenen zwei vorjährigen Vororten im Bereich. Da kam der Wettbewerb und füllte alle, die darunter litten, zusammen zu Boden. Die nunmehr bestehende neue Rundstabschaften, eben genannt von dem alten Deut. Präsidenten, der Arbeiterturnerbund, der damit ihre Löhne erhöhten und Grenzen geprägt, erzielten hat. Darum ist jetzt eine neue und befriedigte Öffentlichkeit, die mit neuen Freuden von jungen Menschen, deren die Belegschaft verloren und in das Untererwerben entrichtet. Aber da weist, welche noch in ihrer Folgen für die Zukunft dieser jahresversammlung aus der sozialen Wirtschaft in den Raum und das Jahr für die in der Entwicklung liegenden Märkte der Industrie und Modellen mit sich bringt, der wird die Aufmerksamkeit des Arbeiterturnerbundes zum Beitreten in seine neue Arbeit, um nur begeistern und unterstützen. Bereits in Zahl und Zahl und Zahl, aber diese jungen Männer vollführen, zum Spiel und Turnen soll in ein Geschäft gegen die Söhnen des Vaterlandes bestehen und vor Ermittlung kommt es bleiben. Möchten Sie daher die Arbeit und die Männer, die sie machen, nicht missen.

**Eine Ausgabe für Sozialpolitik** e. comittee die Gesellschaft für Sozial-Politik am Sonntag, den 14. April, mittags 12 Uhr, im großen Saal der „Alten Harmonie“, Berlin, Potsdamer Str. 22. Die Leitung der Versammlung liegt in den Händen des Herrn Staatsministers a. D., Dr. Albrecht von Berlepsch. Den einleitenden Vortrag hält Prof. Dr. Ernst Brandt, angesprochen werden ferner halten: Breitkopf, Bernburg, Groß-Bornsdorf, Preußisch und Ostpreußische und Sachsen, der die Arbeiter sprechen: Legien, Steiner, Hartmann, Adler; f. die Angestellten: Weddau, Höfle, Aufhäuser, Dr. Hermann für die Beamten: Stommers.

**Kongress**. Zur Befreiung des St. C. unter der Gemeinde und der Arbeitgeber. 6. August. Versammlung der Arbeiter und Arbeitgeber. Berlin W. 10. Ritterstraße 24. Zuordnung: Komitee Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 10. Lindenstr. 3.

## Vorfrühling.

Du pitgesst hin und her im Garten  
Dich hinter deinem Haus  
Und weichst die verschiedenen Blüten  
Am Zaune aus.  
Dernachens wird mit Ernst erwogen,  
Was man und wo man's baut:  
Links werden Bohnen unterzogen  
Und rechts das Kraut.  
Die dazu nötigen Instrumente,  
Du prüfst sie Zahn um Zahn.  
Dann spraßt du unten in die Hände  
Und füngst mal an.  
— Hätt' jeder brav wie du sein Leben  
Verbracht und so gescheit,  
Hätt' weder einen Krapp gegeben  
Noch eine „große Zeit“. —  
Katharina i. „Timpl.“

## Eingegangene Schriften und Bücher

Was erwähnte junge Leute wissen sollten und Chelente wissen müssen. Das leichteste und seine Verhältnisse. Von Dr. med. Dr. Schönberger und W. Siegert. Lehrer a. D. Neuauflage: 41.—50. Tausend. Preis 3,00 M. einfacheinlich. Herausgegeben 1. M. Verlag „Verlagsamt Heiligenji“, Berlin SW. 61.

Von allen Zeiten wird jetzt zur Bekämpfung der überhandnehmenden Geschlechterunterschieden; in ein besondere: Gesetz, das jetzt dem Reichstag vorliegt, will diese Bekämpfung sozialen regeln. Das ist durchaus zu begrüßen, denn nicht nach sich ist sehr wie gesellschaftliche Verhältnisse. Ziemliche Schwierigkeiten der Geschlechter, Verhinderung des Familienglücks und erbliche Belastung der Nachkommenzahl können die Folgen sein. Nur sollte nie vergessen werden, wie viele Tausende nur deshalb folgenschwere Krankheiten verfallen, weil sie in diesen Dingen unvorsichtig sind. Nun fordert deshalb mit Recht Auflösung über dieses wichtige Gebiet; Auflösung nicht nur der erwachsenen Jugend, sondern auch der Eltern und deren, die es werden wollen. Hier geben sie ein bekannter Arzt und ein leibhabter Lehrer, die auf Grund reicher Erfahrung zeigen, daß und wie sich gesellschaftliche Verhältnisse durch eine geordnete Lebenshaltung und eine vernünftige, die Willen tragen anzurende Erziehung verbüßen lassen. Das Werk behandelt die jugendlichen Verhältnisse, die Ehelebensschwierigkeiten, die Elternwahl, das Verhalten in der Ehe, Zwangsläufigkeit und Gelurt, den Verkehrsangezwang, die Vererbung usw. Die Darstellung versteht zwar nichts, ist aber präzisierend im Ton und leuchtet in den Worten seiner Bedeutung. Möge auch diese Neuauflage ihren Weg ins Volk finden!

2. einiges, die doppelte und die amerikanische Buchführung. Zum Beispiel: „Viel, leicht fahnd und übersichtlich dargestellt. Wie vielen praktischen Bedürfnissen und Güterwerten der wichtigsten Schätzungen. Ein handbuchartig für jeden Geschäftsmann und Kaufmännischen Angestellten von W. Wolfersdorff. Verlag v. Dahler, u. Comp., Berlin C. 11. Zweite Auflage 50. Preis 1,50 M.

**Arbeiter Jugend.** Die jungen ehrlichen 9. des zehnten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Die sozialistische Verantwoortung. II. — Die Entwicklung der deutschen Sprache. (Dialekt.) Mein erster Aufsteller. Von N. N. — Bau und Bedeutung des Arbeitslebens. Von H. H. (Mit Abbildungen). — Das Werden und Wachsen des ruhenden Reiches. Von G. Engelbert Grau. — Zuschlagungen. Gedicht von Alfred Theodor Böckeler. — Die Segen an der Arbeit. — Aus der Jugendlesemappe. — Zur wirtschaftlichen Lage.

„Die Stadt“, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Paulus. Verlag für Sozialwissenschaften 65. m. b. S., Berlin SW. 69. Das eben erschienene Heft 51 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul Leni, M. d. S.: zwischen den Städten. Ernst Heimann: Biedermeier — der Zieg eines Programms. Edwin Zauner (München): Der „Ziel nach der Einheit“. Wilhelm Kaukon: Die Lösung der Ostfrage. Waldemar Elster: Die Rolle in England. Einzelheiten zu Pf. vierzehntlich 3,50 M. Bei allen Buchhandlungen und Postagenten.

## Totenliste des Verbandes.

<b>Karl Albert Laue, Leipzig</b>	<b>A. C. Sanders, Leipzig</b>
Faterneleiter	Postagierer
† 21. 3. 1918, 53 Jahre alt.	† 22. 3. 1918, 70 Jahre alt.
<b>Christ. Mühlmann, Werda</b>	<b>Emil Streicher, Crimmitschau</b>
Strassenarbeiter	Zwanzigste
† 23. 3. 1918, 63 Jahre alt.	† 21. 3. 1918, 47 Jahre alt.
<b>Karl Wolf, Berlin</b>	
Gasarbeiter	
† 17. 3. 1918, 46 Jahre alt.	
<b>Chre ihrem Andenken!</b>	